

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9058/39  
Telefax: 888648 ppbn d  
Telefax: 21 0864

## Inhalt

Björn Engholm zur Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank in Bangkok: Über dem Osten nicht den Süden vergessen.

Seite 1

Dieter Schanz MdB zur Auszeichnung der birmesischen Oppositionspolitikerin Aung San Suu Kyi mit dem Friedensnobelpreis: Eine weise Entscheidung in Oslo.

Seite 2

Klaus Hahnzog MdL zu Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten zur Asylpolitik: Ein Schlag gegen die Genfer Flüchtlingskonvention.

Seite 3

### Dokumentation:

Die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten hat eine Erklärung gegen den Fremdenhaß verabschiedet.

Seite 4

46. Jahrgang / 197

15. Oktober 1991

### Über dem Osten nicht den Süden vergessen

Zur Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank in Bangkok

Von Björn Engholm  
Vorsitzender der SPD  
Ministerpräsident von Schleswig-Holstein

Auf der Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank in Bangkok steht die finanzielle Hilfe für die Sowjetunion im Vordergrund. Diese Hilfe ist notwendig. Hunger und zunehmende Armut dürfen nicht der Preis sein, den die Menschen in den Ländern der Sowjetunion für ihr Bemühen um Freiheit und Demokratie bezahlen müssen. Es wird allerdings nicht ausreichen, sich vornehmlich mit der Auslandsverschuldung der Sowjetunion zu befassen. Die Ausweitung des internen Binnenmarktes muß gefördert werden, um damit einem Zusammenbruch ganzer Industriestrukturen entgegenzuwirken. Dazu ist es auch erforderlich, beim Aufbau einer funktionierenden Verwaltung und eines funktionierenden Steuer- und Bankwesens Hilfestellung zu geben.

Dennoch darf angesichts der Probleme in der Sowjetunion und in Osteuropa die verzweifelte Lage vieler Länder in der sogenannten Dritten Welt nicht aus dem Blickwinkel geraten. Die Auslandsverschuldung der Dritten Welt hat weiter zugenommen. Deshalb sind IWF und Weltbank aufgefordert, endlich einen substantiellen Beitrag zur Lösung der Verschuldung der Dritten Welt zu leisten. Die Stellungnahme des Interimsausschusses des IWF-Lenkungsgremiums, wonach 'weitere bilaterale Finanzhilfen und die Umschuldung der öffentlichen Schulden weiter wichtig' seien, ist vor diesem Hintergrund völlig unzureichend.

Angesichts einer Verschuldung der Dritten Welt von 1.400 Milliarden Dollar werden die Länder des Südens durch eine Zinserhöhung von einem halben Prozent mehr belastet als sie durch die gesamte deutsche Entwicklungshilfe an Zahlungen erhalten. Die derzeitigen Zinszahlungen der sogenannten Entwicklungsländer liegen weit über den gesamten Entwicklungsleistungen von zur Zeit weltweit nur etwa 55 Milliarden Dollar. Nur wenn die Belastung der Schuldnerländer spürbar erleichtert wird, kann die fortschreitende Verelendung in der Dritten Welt gestoppt werden.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichteter Umgang  
mit wertvoller Rohstoffe  
Recycling-Papier



Die Autorin denkt über den Kompetenzanspruch einerseits und die Glaubwürdigkeitskrise andererseits der Volksparteien ebenso nach wie über die Konzeptionslosigkeit der inneren Vereinigungspolitik der konservativ-liberalen Regierungsmannschaft. Sie fragt nach den Chancen, die die SPD als Programmpartei in der Medienwirklichkeit der Stimmungsdemokratie hat. Ausgeleuchtet werden die Möglichkeiten der Parteien, die Jugend für die Politik zu gewinnen. Die Alternativen der Sozialdemokraten im Vereinigungsprozeß werden von ihr ebenso angesprochen wie sie es versucht, das politisch-intellektuelle Umfeld konservativer und reaktionärer Politikvorstellungen zu analysieren. Auch das brandaktuelle Problem der Rechts-Radikalisierung und der militanten Ausländerfeindlichkeit wird gestreift. Ob diese Themenvielfalt, die das Buch zu einem politischen Gemischtwarenladen werden läßt, den Lesererwartungen entgegenkommt, sei dahingestellt.

Die Neugierde des aufmerksamen Lesers wird jedoch durch unzählige Widersprüche, unrichtige Datenangaben (selbst das Gründungsjahr von BRD und DDR wird mit 1948 falsch angegeben), mangelhafte Recherchen und spekulative Behauptungen auf eine (zu) harte Probe gestellt. So schreibt Fuchs zum Beispiel, daß die Ausbeutung des Idealismus vor allem junger Menschen die Massenbasis des historischen Faschismus war und selbstsicher meint sie weiter, daß "auch hier die Ansatzpunkte für den neuen Rechtsextremismus zu suchen sind". Zu fragen ist, ob es nicht einer Verniedlichung oder Verharmlosung gleich kommt, das Wahlergebnis von Bremen und die ausländerfeindlichen Pogrome durch fehlgeleiteten jugendlichen Idealismus erklären zu wollen? Nur ein Beispiel für oberflächliche Recherche: Die Autorin unterstellt dem Verfassungsschutz, daß ihm der Bochumer Rechtsaußen-Politologen Bernard Willms "mit Sicherheit unbekannt" sei (S. 132). Man ist fast geneigt, Verständnis für die Verfassungsschützer aufzubringen, weil es selbst für sie wenig erfolgversprechend sein dürfte, einen Menschen zu beschatten, der schon seit fast einem Jahr unter der Erde liegt.

Als Fazit nach der Lektüre drängt sich der Eindruck auf, Anke Fuchs hätte besser mehr "Mut zum Schweigen" aufbringen sollen. Aktive PolitikerInnen sollten an ihren Taten und nicht an der Auflagenhöhe ihrer Bücher oder an ihren vermeintlichen Enthüllungskünsten gemessen werden. Sich publizistisch in Bescheidenheit zu üben, wird wohl auch nur von zahlungskräftigen Verlegern als Untugend mißverstanden.

**Hans-Josef Legrand**

(-14. Oktober 1991/rs/tr)

\*\*\*\*\*

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39  
Telefax: 886848 ppbn d  
Telefax: 21 0664

## Inhalt

Björn Engholm zur Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank in Bangkok: Über dem Osten nicht den Süden vergessen.

Seite 1

Dieter Schanz MdB zur Auszeichnung der birmesischen Oppositionspolitikerin Aung San Suu Kyi mit dem Friedensnobelpreis: Eine weise Entscheidung in Oslo.

Seite 2

Klaus Hahnzog MdL zu Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten zur Asylpolitik: Ein Schlag gegen die Genfer Flüchtlingskonvention.

Seite 3

### Dokumentation:

Die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten hat eine Erklärung gegen den Fremdenhaß verabschiedet.

Seite 4

46. Jahrgang / 197

15. Oktober 1991

### Über dem Osten nicht den Süden vergessen Zur Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank in Bangkok

Von Björn Engholm  
Vorsitzender der SPD  
Ministerpräsident von Schleswig-Holstein

Auf der Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank in Bangkok steht die finanzielle Hilfe für die Sowjetunion im Vordergrund. Diese Hilfe ist notwendig. Hunger und zunehmende Armut dürfen nicht der Preis sein, den die Menschen in den Ländern der Sowjetunion für ihr Bemühen um Freiheit und Demokratie bezahlen müssen. Es wird allerdings nicht ausreichen, sich vornehmlich mit der Auslandsverschuldung der Sowjetunion zu befassen. Die Ausweitung des internen Binnenmarktes muß gefördert werden, um damit einem Zusammenbruch ganzer Industriestrukturen entgegenzuwirken. Dazu ist es auch erforderlich, beim Aufbau einer funktionierenden Verwaltung und eines funktionierenden Steuer- und Bankwesens Hilfestellung zu geben.

Dennoch darf angesichts der Probleme in der Sowjetunion und in Osteuropa die verzweifelte Lage vieler Länder in der sogenannten Dritten Welt nicht aus dem Blickwinkel geraten. Die Auslandsverschuldung der Dritten Welt hat weiter zugenommen. Deshalb sind IWF und Weltbank aufgefordert, endlich einen substantiellen Beitrag zur Lösung der Verschuldung der Dritten Welt zu leisten. Die Stellungnahme des Interimsausschusses des IWF-Lenkungsgremiums, wonach "weitere bilaterale Finanzhilfen und die Umschuldung der öffentlichen Schulden weiter wichtig" seien, ist vor diesem Hintergrund völlig unzureichend.

Angesichts einer Verschuldung der Dritten Welt von 1.400 Milliarden Dollar werden die Länder des Südens durch eine Zinserhöhung von einem halben Prozent mehr belastet als sie durch die gesamte deutsche Entwicklungshilfe an Zahlungen erhalten. Die derzeitigen Zinszahlungen der sogenannten Entwicklungsländer liegen weit über den gesamten Entwicklungsleistungen von zur Zeit weltweit nur etwa 55 Milliarden Dollar. Nur wenn die Belastung der Schuldnerländer spürbar erleichtert wird, kann die fortschreitende Verelendung in der Dritten Welt gestoppt werden.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressenhaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verantwortlicher Umgang  
mit unedleren Rohstoffen  
Recycling-Papier



Eine internationale Konferenz aller Beteiligten muß sich auf ein Konzept umfangreicher Schuldenstreichungen einigen. Das Beispiel Polens und Ägyptens, denen 50 Prozent der Schulden gestrichen wurden, ist dafür ein wichtiges Modell.

Die bisherige Politik, die den Entwicklungsländern diktiert hat, mehr Rohstoffe auf den Weltmarkt zu bringen, ohne daß der langfristige Preisverfall wegen steigender Angebote beachtet wurde, ist gescheitert. Statt Wohlstand macht sich in vielen Ländern bittere Armut breit. Ein Umdenken der IWF/Weltbank-Politik in der Dritten Welt ist deshalb überfällig. Dazu gehört der Ansatz, verstärkt nicht rückzahlbare Kredite zu nutzen. Darüber hinaus sollte auch die Weltbank statt der Förderung von ökologisch verträglichen Großprojekten stärker ländliche Entwicklungsprojekte in der Dritten Welt unterstützen.

Wir begrüßen den Hinweis der Weltbank an die Empfängerländer, daß die Einhaltung von Menschenrechten und die Senkung von Rüstungsausgaben ein politisches Kriterium bei der Bewertung von Entwicklungshilfsprojekten sei. Dieser Hinweis kann jedoch nur dann wirksam werden, wenn er auch in konkretes Handeln umgesetzt wird.

(-/15. Oktober 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### Eine weise Entscheidung in Oslo

**Zur Auszeichnung der birmesischen Oppositionspolitikerin Aung San Suu Kyi mit dem Friedensnobelpreis**

**Von Dieter Schanz MdB  
Südostasien-Experte der SPD-Bundestagsfraktion**

Mit der Verleihung des Friedensnobelpreises für die birmesische Oppositionspolitikerin Aung San Suu Kyi wurde in Oslo ein Zeichen gesetzt, das den von Frau Suu Kyi, von der Nationalen Liga für Demokratie sowie von der Studentenbewegung gewaltlos geführten Kampf für Menschenrechte und Demokratie in der Form würdigt, die er verdient hat.

Bisher fand der Kampf der nach den im Mai 1990 mit überwältigender Mehrheit gewählten Oppositionsbewegung nur wenig Gehör in der internationalen Staatengemeinschaft. Politisch unberücksichtigt blieben die diplomatischen Reisen zahlreicher Regierungsvertreter der inzwischen gebildeten Oppositionsregierung Birmas (Myanmars), auf denen sie sich bemühten, internationale Anerkennung und Unterstützung für ihren Freiheitskampf zu erhalten.

Ebenso fand das traurige Schicksal des birmesischen Volkes nur wenig Aufmerksamkeit in Medien und Politik; ein Volk, das wie einst das kambodschanische Volk, gefangen im eigenen Land ist, gefangen und unterdrückt von einem Militärregime, das Folter und Mord als übliches Mittel der Politik einsetzt und nicht die geringsten Anstalten macht, demokratische Spielregeln anzuerkennen.

Eine internationale Unterstützung des Freiheitskampfes dieses geknechteten Volkes ist längst überfällig; durch die Ehrung von Frau Aung San Suu Kyi, die zur Symbolfigur und Hoffnungsträgerin für das birmesische Volk in seinem politischen Streben nach Menschenrechten und Demokratie wurde, ist dieser gewaltfreien Demokratiebewegung die Ehre zu Teil geworden, die sie verdient.

Je stärker und lauter der Protest des Militärregimes gegen diese Ehrung ist, desto besser, denn dies beweist, daß die Demokratiebewegung in Birma (Myanmar) an Kraft gewonnen hat. Der internationalen Würdigung müssen nunmehr auch die internationale Anerkennung der

Oppositionsregierung Birmas (Myanmars) sowie internationale Maßnahmen zur Errichtung einer Demokratie erfolgen.

Eine weise Entscheidung in Oslo, die nicht nur eine persönliche Ehrung der Preisträgerin und spezielle Würdigung des Demokratiewillens des birmesischen Volkes darstellt, sondern auch die vielen in der ganzen Welt unterstützt, die mit friedlichen Mitteln für Demokratie, Menschenrechte und ethnische Versöhnung kämpfen.

(-/15. Oktober 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Ein Schlag gegen die Genfer Flüchtlingskonvention** **Zu Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten zur Asylpolitik**

**Von Klaus Hahnzog MdL**  
**Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ)**

In seiner Regierungserklärung am 11. Oktober 1991 hat der bayerische Ministerpräsident Streibl vollmundig erklärt: "Die Staatsregierung hat sich stets klar dazu bekannt, daß politisch Verfolgten weiterhin Asyl gewährt wird und daß dies im Grundgesetz verankert bleibt". Gleichzeitig verweist er und die CSU-Landtagsfraktion auf die Initiative Bayerns zur Änderung des Grundgesetzes vom März 1990 (Bundesrats-Drucksache 175/90), in der ein neuer Artikel 16 Abs. 3 Satz 3 des Grundgesetzes gefordert wird, mit dem Inhalt: "Die Aufnahme politisch Verfolgter kann zur Verhinderung schwerwiegender Beeinträchtigungen des Gemeinwohls nach Zahl und Herkunftsgebieten beschränkt werden."

Das bedeutet im Klartext, daß Flüchtlinge in größte Gefahr zurückgeschickt würden, wenn die "Zahl" bereits erschöpft ist. Diese Vorschrift erfaßt eindeutig auch tatsächlich politisch Verfolgte. Also müßte etwa der 2001. Flüchtling aus einem Land mit massiver Verfolgung etwa am 15. Oktober mit dem Hinweis, gestern sei die festgesetzte Zahl 2.000 gerade erreicht worden, zwangsweise zurück in sein Herkunftsland, auch wenn offenkundig ist, daß ihm Gefängnis und noch Schlimmeres droht. Das kann kein verantwortungsvoll Denkender wollen.

Auch ein anderer nun von Bundesinnenminister Schäuble vorgelegter konkreter Vorschlag zur Änderung des Grundgesetzes führt praktisch zur Abschaffung des Grundrechts auf Asyl für tatsächlich Verfolgte. Der neue Absatz im Grundgesetz soll lauten: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht. Asylrecht genießt nicht, wer aus einem Staat einreist, in dem er nicht der Gefahr ausgesetzt ist, politisch verfolgt oder in einen Staat abgeschoben zu werden, in dem ihm politische Verfolgung droht; das Nähere regelt ein Bundesgesetz."

Streibl hat zu Recht darauf hingewiesen, daß diese Voraussetzung - "keine Gefahr der politischen Verfolgung" - bei allen Nachbarstaaten der Bundesrepublik zutrifft. In Zukunft könnte damit kein einziger Flüchtling, der auf dem Landweg nach Deutschland kommt, Asyl erhalten. Wenn dieser Praxis die anderen Staaten folgen, könnten die Flüchtlinge nur noch in den unmittelbar angrenzenden Ländern Aufnahme finden - wahrlich ein Akt internationaler Solidarität.

Die Genfer Flüchtlingskonvention ist dann nur noch ein Fetzen Papier. Beim eiskalten Zynismus von CDU und CSU sind die nächsten Schritte absehbar. Bei den allein noch möglichen Fluchtwegen per Boot und Flugzeug wird auf die Regierung und Flagge, unter der die Ver-

kehrsmittel stehen, abgestellt und zurückgewiesen. Am Schluß bleiben für Deutschland nur noch die Flüchtlinge, die über den Weltraum kommen.

Diese Pläne zur Verfassungsänderung stellen erneut die Frage, warum CDU und CSU überhaupt am 11. Oktober beim Spitzengespräch bei Bundeskanzler Kohl den konkreten, konstruktiven Vorschlägen der SPD zur rechtsstaatlich möglichen Verfahrensstrafung zugestimmt haben.

(-/15. Oktober 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **AvS: Dem Fremdenhaß entgegentreten, mit den Angegriffenen solidarisieren!**

Die Bundesversammlung der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS) hat in Bonn eine Erklärung gegen den Fremdenhaß verabschiedet. Der Wortlaut:

Die Angriffe auf Ausländer haben in letzter Zeit an Häufigkeit und Brutalität zugenommen. Sie werden von Politikern verurteilt, doch ein Teil der deutschen Bevölkerung bleibt gleichgültig oder billigt sogar die Ausbrüche von Fremdenhaß.

Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft (ehemals) verfolgter Sozialdemokraten sind durch diese Aktionen und Zeichen einer inhumanen, menschenverachtenden Gesinnung tief beunruhigt. Sie hatten durch ihren Widerstand gegen das NS-Regime Menschenrechte und Humanität hochgehalten.

Nun fordern sie im geeinten Deutschland eine große, aufrüttelnde Initiative zur Verteidigung dieser Werte, die Grundlage unserer Gesellschaft sind.

Der 9. November ist ein geschichtsträchtiger Tag, an dem wir alle demokratischen Parteien, die Kirchen, die Schulen, die verschiedenen sozialen Bewegungen, die Medien, kulturelle Organisationen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu dieser Initiative aufrufen.

Die Ursachen von Fremdenhaß zu erforschen und die Konsequenzen daraus zu ziehen, ist eine ständige Aufgabe.

Wir begrüßen alle Kundgebungen des Protests gegen den Fremdenhaß und der Solidarität mit den Angegriffenen. Wir unterstützen alle Bemühungen, eine breite Öffentlichkeit über die Schändlichkeit von Fremdenhaß und über die mit ihm verbundenen politischen Gefahren aufzuklären.

(-/15. Oktober 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*